

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Umweltschonende Entsorgung TBT-belasteten Hafenschlicks als Aufgabe ökologischer Wirtschaftspolitik

TBT als hormonell wirkende Chemikalie hat erhebliche Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen. Im kommenden Winterhalbjahr sollen 40.000 m³ Hafensedimente, die mit diesem Umweltgift belastet sind, aus dem Yachthafen Grohn in der Unterweser verklappt werden. Dieser Hafenschlick ist mit bis zu 600 µg TBT/kg Trockensubstanz deutlich belastet. Seine Verklappung würde zu einer aus Gewässerschutzgründen und aus Sicht des Nordseeschutzes nicht akzeptablen Erhöhung der TBT-Konzentration führen. Sie wirkt dem Ziel der Oslo- und Paris-Kommission entgegen, bis zum Jahr 2020 Wasser und Sedimente TBT-frei zu bekommen.

Es ist ökologisch unvertretbar, Schlick mit höheren TBT-Werten zu verklappen, als es in den letzten Jahren üblich war. Wieder auf Verklappung zu setzen, könnte sich auch als Innovationsbremse entpuppen: In Bremen gibt es eine Vielzahl von Institutionen, die an der umweltschonenden Entsorgung TBT-belasteter Sedimente arbeiten. Auf der Versuchsdeponie Luneort wurden Verfahren zum TBT-Abbau entwickelt. Das Potential zur Fortentwicklung innovativer Techniken ist mithin vorhanden. Ein entsprechender Know-how-Transfer könnte geeignet sein, Bremens Entsorgungsprobleme umweltschonend zu lösen und gleichzeitig die Wirtschaftskraft zu stärken.

In diesem Sinne muss der Senat die Chancen der ökologischen Wirtschaftsförderung wahrnehmen und durch die Beteiligung des verantwortlichen Ressorts die erforderliche Finanzierung gewährleisten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, zu prüfen, in welcher Weise die sich in Bremen in Entwicklung befindlichen Reinigungsverfahren für TBT-belastete Sedimente zur Entsorgung des Schlicks aus dem Grohner Hafen genutzt werden können. Deren Kosten/Nutzen-Verhältnis ist mit demjenigen einer Verklappung, auch unter Einbeziehung gesundheitlicher Folgekosten, zu vergleichen. Dazu ist der Stadtbürgerschaft bis zum 31. Oktober 2002 Bericht zu erstatten.

Dr. Karin Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen